

**1. Welche Initiativen werden Sie ergreifen, um den zunehmenden Antisemitismus in Deutschland und in anderen Ländern der Europäischen Union zu bekämpfen?**

Wir Freie Demokraten wollen ein Europa der Vielfalt. Grundrechte stehen nicht zur beliebigen Disposition von Mehrheiten, auch nicht von demokratisch gewählten Mehrheiten. Die Europäische Union darf es deshalb nicht zulassen, wenn Mitgliedstaaten auf nationaler Ebene Rechte von Minderheiten in ihrem Kern beschneiden oder aushöhlen. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Antisemitismus muss auf allen Ebenen entschlossen bekämpft werden.

Es ist zudem nicht hinnehmbar, dass Juden in Deutschland und Europa bestimmte Gegenden aus Angst vor antisemitischen Übergriffen meiden. Wir müssen solche Orte genau identifizieren, um dort gezielt mit Präventionsmaßnahmen und Aufklärung anzusetzen.

Außerdem wollen wir die Kriterien bei der Erfassung antisemitischer Übergriffe überprüfen und neu justieren. Da der Antisemitismus in Deutschland und Europa viele unterschiedliche Quellen hat, gilt es, Milieus und Tätergruppen klar zu identifizieren. Denn nur dann können Maßnahmen der Prävention und Aufklärung gezielt eingesetzt werden. Wir fordern, dass Meldestellen eingerichtet werden, die die Vorfälle dokumentieren und darüber hinaus auch die betroffenen Personen in ihren Gemeinden beraten und unterstützen. Ein Vorbild existiert seit 2005 mit der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) in Berlin, einer zivilgesellschaftlichen Monitoring-Einrichtung. 2018 wurde der Bundesverband RIAS unter der Schirmherrschaft des Antisemitismusbeauftragten Dr. Felix Klein gegründet. Wir sind der Überzeugung, dass diese Bemühungen unterstützt und weiterausgebaut werden müssen.

Jüdisches Leben zu schützen und vielfältig zu fördern, bleibt unsere historische Verantwortung und bürgerschaftliche wie staatliche Aufgabe. Wir begrüßen daher, dass das Bundesinnenministerium mit Dr. Felix Klein nicht nur einen Antisemitismus-Beauftragten, sondern auch einen Beauftragten für jüdisches Leben in Deutschland einberufen hat und wollen, dass weitere Bundesländer diesem Beispiel folgen.

Weitere Informationen hierzu finden Sie auch in unserem jüngsten Beschluss "Den Antisemitismus entschlossen bekämpfen" vom 70. Ord. Bundesparteitag unter: <https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2019/05/06/2019-04-27-bpt-den-antisemitismus-entschlossen-bekaempfen.pdf>.

**2. In welcher Form werden Sie sich für die einzige Demokratie im Nahen Osten, den Staat Israel, einsetzen?**

Israel ist der wichtigste Partner Deutschlands und der EU in der Region. Grundlage deutscher Außenpolitik gegenüber Israel bleibt das uneingeschränkte Existenzrecht Israels. Gerade vor dem Hintergrund der schwierigen politischen Lage im Nahen Osten setzen wir Freie Demokraten uns dafür ein, dass Israel, Deutschland und die EU politisch eng zusammenarbeiten. Für uns Freie Demokraten ist wichtig, dass wir die Pflege der deutsch-israelischen Freundschaft nicht alleine den staatlichen Stellen überlassen, sondern wirtschaftliche, kulturelle, zivilgesellschaftliche und wissenschaftliche Verbindungen zwischen Israelis und Deutschen festigen und weiterentwickeln. Der Austausch im Jugendbereich spielt hier eine besonders wichtige Rolle und sollte verstärkt werden.

**3. Wie werden sie sich verhalten, wenn im EU-Parlament eine antisemitische Hetzrede – wie die des Palästinenser-Präsidenten Mahmud Abbas vom 23. Juni 2016 – gehalten wird und Abgeordnete einer solchen Hetzrede applaudieren?**

Alle demokratischen Parteien und Politiker müssen ihre Stimme deutlich gegen offene antisemitische Äußerungen und versteckten Antisemitismus erheben und eine klare Grenze zwischen der politischen Debatte und antisemitischen Hassreden ziehen. Gerade im Fall antisemitischer Äußerungen und bei Diskriminierung von Minderheiten müssen im Rahmen der parlamentarischen Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments schnelle Gegenmaßnahmen unternommen werden. Gleichzeitig müssen die Abgeordneten für das Thema sensibilisiert werden. Denn nie wieder darf ein deutsches oder europäisches Parlament Schauplatz antisemitischer Hetzreden werden.

**4. Was werden Sie gegen die Versuche der sogenannten BDS-Bewegung unternehmen, Israel durch Boykottmaßnahmen wirtschaftlich, politisch und kulturell zu schaden?**

Die Gruppe BDS organisiert und verbreitet offen Antisemitismus unter dem Vorwand der Israelkritik. Daher stellt für uns Freie Demokraten jede einzelne Aktion dieser Gruppierung, auf deutschen und europäischen Boden, einen Angriff auf unsere gemeinsamen Werte und auf unser Selbstverständnis dar. Allen Institutionen und Vereinen, welche mit dem BDS kooperieren oder ihn unterstützen, muss die staatliche Förderung entzogen sowie die Nutzung öffentlicher Räumlichkeiten verwehrt werden.

**5. Wie sehen Sie die Zukunft für Juden und Araber für ein friedvolles, gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben unter Berücksichtigung der berechtigten Sicherheitsinteressen Israels?**

Wir Freie Demokraten treten für ein ausverhandeltes Zwei-Staaten-Modell mit festen Grenzen ein, bei dem Israel und ein unabhängiger palästinensischer Staat nebeneinander in Sicherheit, Frieden und Demokratie leben können. Die staatliche Souveränität Palästinas kann nur das Ergebnis erfolgreicher Friedensverhandlungen und direkter Gespräche zwischen Israel und Palästina sein, die mit einer uneingeschränkten Anerkennung Israels und einem unbedingten Gewaltverzicht einhergehen müssen. Dies gilt nicht nur für die Fatah, sondern ausdrücklich auch für die Hamas.

Israelische Siedlungsbauten erschweren die Friedensverhandlungen zusätzlich zur ohnehin angespannten politischen Situation. Allerdings kann und wird Israel einer Zweistaatenlösung nur zustimmen, wenn die Bedrohung seiner Bevölkerung und seines Territoriums durch Krieg, Terror und Raketenbeschuss aufhört. Um erfolgreich Verhandlungen zu führen, bedarf es neuer diplomatischer Anstrengungen und direkter Gespräche zwischen Israel und Palästina. Hierbei können die Amerikaner und Europäer als neutrale Dritte vermitteln. Als überzeugte Europäer, wollen wir ausdrücklich die guten Erfahrungen beim europäischen Friedens- und Einigungsprozess mit einbringen.

**6. Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, damit die an die palästinensische Autonomiebehörde gezahlten europäischen Steuergelder nicht mehr dafür missbraucht werden, Terroristen zu alimentieren und Hetze gegen Israel in Schulbüchern etc. zu fördern?**

Als größte Geldgeber in der Region müssen Deutschland und die EU dafür Sorgen tragen, dass die Gelder wirklich für die Entwicklungszusammenarbeit genutzt werden und nicht missbraucht werden können. Dafür brauchen wir einen gemeinsamen europäischen Ansatz, mehr Transparenz und klare Regeln bei der Vergabe von Geldern. Deutschland kann hier gemeinsam mit seinen europäischen und transatlantischen Partnern eine Führungsrolle einnehmen. Grundsätzlich muss verstärkt auf die Kriterien Bedarf, Leistungsfähigkeit, Entwicklungsbereitschaft und Effizienz der Maßnahmen geachtet werden und vor allem die Verwendung der Gelder kontrolliert werden sowie gegen Geldwäsche in Deutschland und Europa vorgegangen werden.

## **7. Wie werden Sie vorgehen, damit die dauernden einseitigen Verurteilungen Israels in den Versammlungen und Gremien der Vereinten Nationen endlich aufhören?**

Einseitige und politisch motivierte Verurteilungen Israels dürfen in den Vereinten Nationen keinen Platz haben.

Die Bundesregierung rechtfertigte das eigene Abstimmungsverhalten zu einseitig gegen Israel gerichteten VN-Resolutionen zuletzt mit dem Verweis auf volle Zustimmung zu den verabschiedeten Texten und die Möglichkeit, bis zuletzt an den jeweiligen Texten mitarbeiten zu können. Das Ungleichgewicht der verurteilten Länder sieht sie nicht als politisches Problem an (vgl. Plenarprotokolle 19/64, 19/67). Um eine glaubwürdige Außenpolitik vertreten zu können und die deutsche Staatsräson mit Leben zu füllen, zu der nach der vollen Überzeugung des Deutschen Bundestages die Sicherheit und das Existenzrecht Israels gehören, setzen wir Freie Demokraten uns dafür ein, dass deutsche Abstimmungsverhalten kritisch zu hinterfragen und ggf. zu ändern. Hierzu hat die FDP-Bundestagsfraktion auch im Februar 2019 einen Antrag eingebracht (vgl. BT-Drs. 19/7560) und klar gefordert, dass die Bundesregierungen sich in den Gremien und Sonderorganisationen der Vereinten Nationen (wie der VN-Generalversammlung, dem VN-Menschenrechtsrat oder der UNESCO) klar von einseitigen, vorrangig politisch motivierten Initiativen und Allianzen antiisraelisch eingestellter Mitgliedstaaten distanzieren und Israel und legitime Interessen Israels vor einseitigen Verurteilungen schützen soll. Gerade Deutschland sollte hier eine Führungsrolle übernehmen und auch auf ein besser koordiniertes europäisches Abstimmungsverhalten der EU innerhalb der Vereinten Nationen drängen.

## **8. Was werden Sie tun, um der fatalen Rolle der Flüchtlingsorganisation UNRWA in der Perpetuierung des israelisch-palästinensischen Konflikts ein Ende zu bereiten?**

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, UNRWA so zu reformieren, dass der Korruption innerhalb der Organisation ein Ende bereitet wird. Klar ist, dass antiisraelische und antisemitische Äußerungen in Schulbüchern und Unterrichtsmaterialien keinen Platz haben dürfen. Gleichzeitig müssen etwaige Verbindungen zwischen Mitarbeitern von UNRWA und der Hamas geklärt werden. Heute übernimmt UNRWA wichtige Aufgaben wie etwa die Gesundheitsversorgung, die Bildung, Stadtplanung und Sozialhilfe. Eine Reform des Hilfswerks muss so stattfinden, dass UNRWA wichtigen Aufgaben zu Aufrechterhaltung der Infrastruktur auch in Zukunft angemessen nachgehen kann bzw. die Leistungen des Hilfswerks nicht ersatzlos wegfallen und gleichzeitig die Sicherheitsinteressen Israels berücksichtigt werden.

## **9. Wie werden Sie mit der Forderung der Vereinten Nationen an Israel, die Golanhöhen zurückzugeben und die dort lebende Bevölkerung einem menschenverachtenden Diktator auszuliefern, umgehen?**

Solange Israel keinen Frieden mit seinen direkten Nachbarn hat, kann das Land die Golanhöhen nicht zurückgeben, ohne die eigene Bevölkerung und das eigene Staatsgebiet zu gefährden. Die einseitige Anerkennung der Golanhöhen als Teil Israels durch die USA trägt zurzeit aber weder zur Stabilisierung der Region noch zu einer dauerhaften Friedenslösung bei.

## **10. Welche Schritte planen Sie gegen die Existenzbedrohung Israels durch das iranische Regime? Wie wollen Sie angesichts des geplanten Abzugs der amerikanischen Truppen aus Syrien verhindern, dass das Iranische Regime das entstehende Machtvakuum nutzt und die Bedrohung Israels verstärkt?**

Um die Region dauerhaft zu befrieden, fordern wir Freie Demokraten ein regionales Sicherheitssystem, orientiert am KSZE-Modell, unter Einbeziehung aller Regionalmächte sowie der

Europäischen Union, der USA und Russlands. Voraussetzung hierfür ist, durch ein koordiniertes Vorgehen die gewaltsamen Konflikte in Syrien, im Jemen und im Irak zu beenden und die letzten Bastionen des „Islamischen Staates“ auszumerzen. Die aggressiven Hegemonialbestrebungen Irans und Saudi-Arabiens, aber auch des NATO-Mitglieds Türkei müssen eingedämmt werden. Zudem muss ein solches Sicherheitssystem Perspektiven für den (Wieder-)Aufbau wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturen in den Kriegsgebieten einschließen, um ein Leben in Würde sowie ein Mindestmaß an Freiheit und Selbstbestimmung zu gewährleisten. Ein wichtiger Schritt für die EU ist, Handelserleichterungen für reformwillige Staaten zu gewähren. Als Vorbild können neue Kooperationsmodelle mit der Wirtschaft dienen, die über die klassische Entwicklungszusammenarbeit hinausgehen, wie etwa der „Jordan Compact“ zwischen der EU und Jordanien.